

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Verlagspreis in der Stadt für Abnehmer monatlich 3500 M., außerhalb 4000 M., wöchentlich 900 M., durch Boten bezogen 3600, bei Postbezug 3600 M. (ohne Bestellgeld). Erscheint meistwöchentlich. Einzelnummer 150 M., Sonnabends 225 M. Alle Briefe freibleibend. Postfachkonto: Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Salferstraße 4. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

Anzeigenpreis Der Spektaltene Maßstaber Raum 100 M. und der Spektaltene Maßstaber Raum 400 M. Die laufende Monatsaufgabe wird von Bezahler auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 200 M. in Zahlung genommen. Ziffergröße 100 M. Wort besonders. Alle Briefe freibleibend. Anzeigen in 10 Luß vorwärts 10 Luß. Belegnummer wird besonders berechnet. Fernsprecher Nr. 100.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger) Herausgeber Ludwig Bath
mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 123

Dienstag, den 29. Mai 1923.

163. Jahrgang.

Das Memorandum der Industrie.

Das Garantieangebot.

Berlin, 28. Mai. Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat am 25. Mai an den Reichsfiskus folgendes Schreiben gerichtet:

Herr Reichsfiskus! Im deutschen Angebot vom 2. Mai hat die Reichsregierung erklärt, daß sie bereit sei, nach Maßgabe der noch zu treffenden Vereinbarungen auch auf gelegentlichem Wege dafür zu sorgen, daß die gesamte deutsche Wirtschaft zur Sicherung des Ansehens der deutschen Industrie wird. Nachdem die Gegenseite eine Substantiierung der Garantien für die Verwirklichung eines ihr annehmbar erscheinenden Angebotes fordert, haben Sie, Herr Reichsfiskus, zu erkennen gegeben, daß es Ihnen erwidert wird, von dem Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie eine Erklärung darüber zu erhalten, in welchem Umfang und vor allem in welcher Form es die Verantwortung der industriellen Wirtschaft als Garantie für den Ansehensverlust annehmbar und möglich erachte. Dilemme erachte entsprechend beachtet hat das Präsidium, das bei dem Zustandekommen der letzten Note nicht mitgezogen hat, nach eingehender Prüfung folgende Stellungnahme zu der gestellten Frage zu übermitteln:

1. Nach dem Vertrag von Versailles haben für die Reparationen ausschließlich Vermögen und Einnahmequellen des Reiches und der Länder. Eine Haftung des Reichsverbandes hat gemäß völkerrechtlicher Grundsätzen nicht existenzfähig. Der Bürger des Staates auf seine Bürger, insbesondere der Wirtschaft, ist ein rein innerdeutsches Angelegenheit. Die unmittelbare Haftbarstellung gegenüber dem Auslande ist ausgeschlossen. Im innerdeutschen Verhältnis ist der Staat erst Schuldner für die Reparationen. Er ist deshalb gegenüber den Bürgern, aber auch gegenüber der Industrie verpflichtet, zunächst die ihm gebührende Verantwortung des Reiches und der Länder im Rahmen der Möglichkeit auszuüben. Reichen diese nicht aus, so hat er die Gewährleistung des Reiches und der Länder in der Form der Garantie zu übernehmen. Die Industrie hat die Möglichkeit der Garantie zu übernehmen, aber nur begrenzte Möglichkeiten zur Verfügung. Die Industrie hat die Möglichkeit der Garantie zu übernehmen, aber nur begrenzte Möglichkeiten zur Verfügung. Die Industrie hat die Möglichkeit der Garantie zu übernehmen, aber nur begrenzte Möglichkeiten zur Verfügung.

2. Die industrielle Wirtschaft bekennt sich zu der für jeden Bürger selbstverständlichen Verpflichtung, für das im Staat verfügbare Material bis an die Grenze der Tragfähigkeit einzusetzen.

Das Ziel aller Bemühungen ist die Wiedergewinnung der politischen und wirtschaftlichen Freiheit. Deshalb kann eine Bereitschaft zur Übernahme von großen Sonderlasten auch durch die Industrie nur ausgeprochen werden, wenn gleichzeitig das gesamte Problem der Reparationen sowohl nach außen wie auch innerhalb Deutschlands eine wirksame Lösung erfährt.

3. Im Rahmen des Gesamtproblems ist vorab zweierlei erforderlich: Erhaltung der vollen Substanz der industriellen Vermögensobjekte, ohne welche eine gesunde Wirtschaft unmöglich ist, und aus dem gleichen Grunde die Wahrung der Volksgesundheit. Eine gesunde Volksgesundheit ist die Voraussetzung der (alleinsten) industriellen Handhabung, kann nur vor sich gehen, wenn die Reichs- und Staatsbetriebe nach privatrechtlichen Grundsätzen regeneriert und dauernd betrieben werden. Nach Meinung der Industrie wird es möglich sein, auf diesem Wege und diesen Betrieben in absehbarer Zeit jährlich etwa 600 Millionen Reichsmark, bei günstiger Entwicklung der Wirtschaft eine Milliarde und mehr herauszuwickeln. Die Frage, in welchem Umfang die Verantwortung nach voller Ausnutzung der industriellen Mittel als Industriehelfer Bürger einzusetzen sollte, hängt in erster Linie von der Höhe der jeweiligen Jahresleistungen des Staates ab. Die Garantie der Wirtschaft für die Erfüllung ihrer Selbstpflicht kann trotz größter Bedenken nur in einer Verpfändung ihrer Sachwerte liegen. Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist der Ansicht, daß die Wirtschaft und zwar ländlicher und städtischer Grundbesitz, Industrie, Handel und Bankgewerbe unter Anspannung aller Kräfte neben ihren sonstigen schweren Lasten unter Erhaltung einer Reihe von Voraussetzungen von jährlich einer Zusagegarantie bis zum Höchstmaß von 500 Millionen Reichsmark auf die Dauer von 30 Jahren übernehmen sollten. Der Kapitalwert einer derartigen Zusagegarantie übersteigt die Hälfte des gegenwärtigen Verkaufswertes desjenigen gesamten privaten immobilien Vermögens, welches als Pfand dienen muß. Die industrielle Wirtschaft erklärt sich bereit, 40 Prozent der genannten Garantiegarantie zunächst ohne Rücksicht auf das normale Kreditverhältnis der Wirtschaftsklassen zu übernehmen. Der Betrag der Zusagegarantie der verschiedenen Wirtschaftsklassen muß sich in Zeitabschnitten von mehreren Jahren je nach der Entwicklung der wirtschaftlichen Lage sowohl nach oben wie nach unten ändern. Insbesondere

sondere wird es erforderlich sein, den häßlichen Hausbesitz innerhalb angemessener Frist zunächst durch Abbauder Zwangsrenten wieder tragfähig zu machen, ehe er entsprechend herangezogen wird. Die vollständige Verwirklichung der zu übernehmenden Lasten innerhalb der einzelnen Wirtschaftsklassen bedarf abschlüssiger Festlegung. Als Pfand für die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen kann unter Umständen der Betrag an unbeweglichem Vermögen ab dem Fundus der einzelnen Sachvermögen in Form des deutschen Reiches auszusprechen. Die Modalitäten der Verpfändung und Amortisation hängen wesentlich von den Bedingungen für die zu übernehmenden Lasten ab. Bei Unternehmungen, die ihren Charakter nach über entsprechende unbeweglichen Besitz nicht verfügen, können Titel für geeignete persönliche Haftung geschaffen werden. Die befristete Abführung der dinstlichen Belastung und sonstigen Titel ist auszuführen. Die letzten derartige Verpflichtungen können von der Industrie übernommen werden, wenn der Staat die allgemeinen Kosten des Volkes durch höhere Sparmaßnahmen im Innern beständig verringert und wenn das gesamte deutsche Volk, insbesondere auch die gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeitnehmern mit vollen Kräften für die Abführung der Reparationslasten

Im Wege der Intensivierung der Arbeit

sich einsetzt. Nur so kann jene Aktivierung der Zahlungsbilanz wieder gewonnen werden, die zu einer Stabilisierung der Währung führt. Stabile Währung ist die unbedingte Voraussetzung für langfristige Gefährdungen eines verarmten Landes.

Eure Brüder an Ruhr und Rhein

Seizen Leben und Freiheit auch für Euch ein.

Wollt Ihr ihnen nicht helfen durch Euren Beitrag zum Deutschen Volksoffer?

3. Die unter 2) genannten Verpflichtungen können nur übernommen werden, wenn Deutschland durch entsprechende Beschränkung der Zahlungen die Möglichkeit erhält, seine innere Lage zu stabilisieren und wenn die deutsche Wirtschaft die volle Bewegungsfreiheit im Verkehr mit dem Auslande und im Auslande selbst sowie in allen anderen Staaten gewährt ist, wieder zugänglich wird. Die deutsche Wirtschaft kann ferner bei der bestehenden inneren Wirtschaftslage keine derartigen Verpflichtungen übernehmen und Leistungen vollbringen und wird sie einhalten können, wenn nicht folgende unerlässlichen Voraussetzungen mit Bezug auf innere Wirtschaftsreformen erfüllt werden, welche auch die deutsche Regierung in ihrer am 14. November 1922 an die Reparationskommission gerichteten Note im wesentlichen als notwendig bezeichnet hat:

1. Grundständige Fernhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und Verteilung, unbedingter sofortiger Befreiung weltlichen Bundes: möglichste Anhebung der Preise- und Zwangsverhältnisse einhelliges Übernehmen und Befreiung der Wirtschaftsklassen, soweit letztere nicht zur Sicherstellung einiger weniger lebenswichtiger Ergebnisse für Volksernährung und dergl. erforderlich und tatsächlich durchführbar ist, Rückführung aller Vermögensgegenstände und Befreiung der Staatsgewalt auf das höchste Richteramt bei Wirtschaftsfreiheiten von allgemeiner Bedeutung.
2. Erhaltung des Betriebskapitals und Ermöglichung angemessener Neubildung von Betriebskapital zum Zwecke der Erhaltung und Entwicklung der Wirtschaftsklassen: möglichste Umgestaltung der vielfach unbilligen Steuererhebung (z. B. Gewerbesteuer), insbesondere Senkung der Steuerermoral und Einführung eines flachen, den Sparmaßnahmen entsprechenden Steuerfußes.
3. Voller Einsatz der vorhandenen Arbeitskraft für quantitative und qualitative Steigerung der Produktion: alle Steuervergünstigungen der allgemeinen Wirtschaft. Dies geht

Der fall Severing.

Nicht nur in einer parlamentarischen Demokratie, erbt recht in einer verfassungsmäßigen Monarchie wäre Herr Karl Severing heute als Minister des Innern erlobigt. Ein Minister, der so wenig staatsmännischen Scharfsinn besitzt, wie Severing, ist aus diesen Gründen schon für den verantwortlichen Posten des höchsten Verwaltungsbeamten ungeeignet. Es ist verlorenes Vieh, wenn die sozialistische Presse den Freund durch Beschuldigungen und Beschönigung harter und einwandfrei Zitate zu beschönigen und zu reiten sucht. Was sich im Ruhrgebiet ereignet, ist keine Zufallserscheinung, vielmehr handelt es sich um einen planmäßig angelegten Versuch der Kommunisten. Wenn die „rote Fahne“ das heute nicht mehr haben will, so ist das aus tatsächlichen Gründen zu erklären. Der Versuch ist so, wie er angelegt war, mißlungen. Er sollte Erfolg auf das ganze Ruhrgebiet übertragen, was alle Vorbereitungen getroffen waren. Das die Kommunistische Zentrale in Berlin ihre Hände im Spiel hat, geht daraus hervor, daß nach Efen ein kommunistischer Betriebsrat angelegt werden sollen, der die Lösung des Generalstreiks für den ganzen Industriebezirk ausgeben soll. Diese Entwicklung ist nicht von ungefähr gekommen, sie ist auch nicht auf das Konto des Ruhrstreiks allein zu setzen. Für die Kommunisten ist das Ruhrgebiet von jeher das Aufmarschfeld gewesen. Sie halten sich dabei an die Erfahrungen, die sie bei den Umwälzungen in Ausland gesammelt haben, immer mit Anspannung an andere getratete Verhältnisse und Zustände. Da es ihnen nicht gelang, die Umwälzung über das Reichsgebiet weiter zu treiben, so ist die Eisenbahn in die Hand zu bekommen, haben sie ihre ganze Energie im Ruhrgebiet aufgewendet. Liberaler unteren Wertedamen Kampfbereit gegenüber, deren Anstellung und Verbindungen streng geheim gehalten wurden. Demnach ist manches durchgeführt, was auch zur Kenntnis der zuständigen Behörden gelangte, ohne daß diese es für notwendig hielten, gegen die in Anspruch genommenen Kommunisten den Gesetzen, der Ausbreitung der Kommunisten wurden ernsthaft Sündenstrafe in der Weg gelegt, wie der der Dünkelhaften oder Unionsisten. Tatsächlich gehen beide Gruppen besondere Wege, aber die Verbindung ist so eng, daß sie jederzeit zusammen schlagen können. Für die Kommunisten handelt es sich nach dem Ausbruch der Organisation darum die geeignete Stunde abzuwarten. Der Ruhrstreik nur ihren deshalb doppelt willkommen, da sie mit einer Verschärfung der wirtschaftlichen Lage rechnen, aus der durch unbillige Abkürzungen, auch nur nach kurzem Ausbruch, werden müssen. Zunächst geht es Schupo und Selbstschutz zu befehlen. Kommunistische Spitze haben die Franzosen auf den „unbilligen“ Anruf der Schupo aufmerksam gemacht. Wieder waren es kommunistische Spitze, die den Anruf aus Westen mit angeblichen Selbstschutzleuten übermittelten. Mit dem Erfolg, daß sie zu Hunderten verhaftet und ausgewiesen wurden.

So war der Boden für den großen kommunistischen Schlag vorbereitet. Wo er losbrach, war wichtiger nicht, als daß er sich sofort über das gesamte Industriegebiet ausbreitete. Herr Severing kann sich heute durch die sozialistische Presse nicht damit weiswaschen lassen, daß die Schupo aus dem Ruhrgebiet ausgewiesen oder entlassen sei. Es handelt sich vielmehr darum, die Gefahr nicht rechtzeitig erkannt und alle Maßnahmen im Hinblick zu haben. Das Wesen zum Schutz der Republik hat Severing ungenügende Anstrengungen in die Hand gegeben. Er hat sich auch gegen die nächste nachdrücklich angewandt, wobei er sich darauf berief, daß das „Beuge vor“ für den Staatsmann in erster Reihe gelte. Aber dies „Beuge vor“ hat er gegen Sime unterlassen. Der Versuch in Geheimnissen wäre auch trotz der gerade wegen des Ruhrstreiks der Anwesen unmöglich gewesen, hätte Severing schon im vorigen Herbst begonnen, die Kampforganisationen der Kommunisten und Sozialisten zu zerstören. Daß er das unterlassen hat, dafür trifft ihn nicht nur die parlamentarische Verantwortung, sondern auch die, die jedem Staatsmann droht, der gegenüber drohender Gefahren für die Sicherheit des Staates sich eigenmächtig hinter Parteiführer verhält. Daß die Sozialdemokratie ihren Willig unmöglich gewordenen Severing deckt, ist gleichgültig. Die Mehrheit des Landtags hat die Pflicht, dem Rann das unbegrenzte Vertrauen auszusprechen, der kommunistische Aufbruch für politische Kinderleib. Das im Ruhrgebiet sich ereignet hat, kann morgen in Mitteldeutschland und in Ostpreußen wiederholen. Zu viele bolschewistische Agenten sind unterwegs, um neue Aufstände vorzubereiten und anzusetzen. Wostan weiß, daß wenn Deutschland die Gefahren von der Ruhrstreik überlebt, für unabweisbare Zeit kommunistische Erfolge und Aufstände in Deutschland unmöglich sind. Es sei denn, daß Herr Severing weiter im Amte bleibt.

vorau bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung des höchstentzogenen Regelung der Tariffreiheit im Sinne der Vorarbeiten des Reichsministeriums, Schaffung eines Arbeitsgesetzes, ferner Einleitung der Verhandlung von arbeitsrechtlichen Verträgen. Offenes Bekenntnis von Regierung und Volk zu derartigen Grundfragen, sowie sofortige Berücksichtigung derselben durch alle beteiligten Kreise, insbesondere die Regierung, ist unerlässlich. Im anderen Falle müßte das Volk das Recht einfordern, die Wirtschaft fruchtlos sein und nur die letzte Hoffnung Deutschlands auf eine bessere Zukunft vernichtet. Die Mitverantwortung für einen derartigen Scheitler zu übernehmen, ist die Pflicht nicht in der Lage.

(ags) Sorge, Bisher, Ernst von Dorn, Karl Voss, Franz Dorn, Hans Jordan, Hans Richter, Otto Brodemeier, Kammer, Blafsch, Meiß, Albert, Silberberg, Fritz Hoffen, Carl Friedrich von Siemens, Hugo Strinnes, Walter.

Ein neuer Garantiepakt?

London, 28. Mai. Der diplomatische Berichterstatter des „Oberer“ schreibt, Baldwin wäre entschlossen, sofort die Fragen der Wiederherstellung des Ausgabens und der französischen Sicherheit in Angriff zu nehmen. In Regierungskreisen werde anerkannt, daß die wirtschaftliche Seite der Wiederherstellungsfrage an Bedeutung hinter der Frage der französischen Sicherheit stehe und ihre Regelung nicht erfolgen könne, bevor die französische Furcht vor Deutschland beseitigt werden könne. In diesen diplomatischen Kreisen werde daher der Gedanke aufgeworfen, dem militärischen Pakt, der Frankreich in Cannes angeboten wurde, „eine der Zeitgeist mehr entsprechende Form“ zu geben. Dieser Weg könne zu einer Vereinbarung mit Frankreich nur befolgt werden, wenn die französische öffentliche Meinung sich entschlössen könne, eine Garantie anzunehmen, die nur gegen einen deutschen Angriff gerichtet wäre. Eine Förderung etwaiger französischer Pläne gegen Deutschland könne nicht in Frage kommen.

Die Wahl Baldwins

zum Führer der konservativen Partei.

London, 28. Mai. Der neue Premierminister Stanley Baldwin wurde in der gestrigen Versammlung der konservativen Partei einstimmig und mit Begeisterung zum Führer der Partei gewählt. In der Versammlung wurde zunächst eine Rede von Lord Curzon gehalten, in der angenommen, in der tiefen Bedauern über den Abtritt von Bonar Law zum Ausdruck kommt. Lord Curzon sowie Derby widmeten dem neuen Premierminister Anerkennungsworte. Nach ihm habe ein Premier wie dieser selten in der Geschichte zu finden sei, der so viele Aufgaben getragen haben verlor. Daraufhin sprach Curzon die Wahl Baldwins zum Führer der Partei vor. Er sprach von seinen eminenten Fähigkeiten und seinem klaren Charakter und appellierte an die Partei, Baldwin einstimmig zu wählen. Die Rede wurde mit Begeisterung angenommen. Dieser Tag bedeute viel in der Geschichte der konservativen Partei, da sie nunmehr völlig und praktisch geeinigt sei. Die neue Regierung müsse Bonar Law's Politik in die Tat umsetzen; sie dürfe von ihr nicht weichen. Sie müsse sich streng an die Regeln der Disziplin halten. Eine dieser Regeln sei die, daß sie nicht versagen darf, das Wohl der industriellen und landwirtschaftlichen Bevölkerung im Auge zu behalten. Eine andere Lehre sei die von der Entschlossenheit in der Behandlung des Britischen Reiches. Über die Unternehmung werde nur langsame Schritte gemacht und wenn mittlerweile sich Europa vor seinen Augen völlig auflöse, könne nichts mehr England von dem Wüten der Arbeitslosigkeit retten. Unter diesen Umständen habe er seinen Posten des Schatzkanzlers Mac Kenna wegen seines finanziellen Genies und seines unerschütterlichen Strebens nach wirtschaftlichem Ausgleich angetragen und er sei erkrankt, daß Mac Kenna bereit sei, dieses Opfer zu bringen. Baldwin wurden lebhaftes Ovationen und seine Partei wurde wieder zusammengetrieben. Die Arbeiter der Konservativen und der Liberalen, Ramsay MacDonald, Lloyd George und Asquith begrüßten ihn; gleichzeitig drückten sie ihre anteilnehmenden Gefühle für Bonar Law aus.

Chamberlain gegen Baldwin.

Paris, 28. Mai. Das neue englische Kabinett steht bereit vor dem Einbruch in die Schweizer Neutralität, die ihm aber weder von den Schweizern beider Mächte, noch von der Labour Party bereit wird, sondern von den unabhängigen konservativen. Chamberlain riefste gehen an seine Wähler in Birmingham einen offenen Brief, worin er sich über die unabhängigen konservativen in den schärfsten Ausdrücken beklagte. Die es verbindet hatten, daß er in das Kabinett Baldwin eintraten konnte. Der Ministerpräsident selbst habe den Wunsch gehabt, eine Berücksichtigung der konservativen Interessen zu gewährleisten, um die Einheit der Partei wiederherzustellen. Insbesondere habe er gewünscht, die früheren konservativen Minister, die dem Koalitionskabinett Lloyd George angehört hatten, auch in sein Kabinett zu bringen, aber dabei sei er durch die unabhängigen konservativen verhindert worden, die von diesem Eintritt nichts hören wollten. Wenn infolgedessen die vollkommene Einheit der Partei nicht wieder hergestellt werden konnte, so seien daran nicht irgendeine Chamberlain oder dessen Kollegen in der letzten Regierung schuld, die bereit waren, alle Meinungsverschiedenheiten zu vergessen, wie sie auch früher Verbindungen für den Eintritt in das neue Kabinett gestellt hatten. Die Schuld daran falle nur den Debar's zu, die von der Wiederherstellung nichts wissen wollten. Infolgedessen sei es auch Baldwin unmöglich gewesen, Chamberlain zum Eintritt in das Kabinett aufzufordern. Alle gegenständlichen Preisforderungen seien unrichtig. Diese Erklärung Chamberlains, der es auch ablehnte, den ihm angebotenen Vorkandidaten in Washington zu übernehmen, rief der „Daily Mail“ zufolge, besonders bei Baldwin außerordentlich die Überzeugung hervor, daß darauf hätte, daß er nicht nur Sir Robert Horne den Posten des Schatzkanzlers sondern auch Sir Worthington Evans die Stellung des Generalpostmeisters angeboten hätte. Beide hätten aber abgelehnt, weshalb er sich entschloß, auch bei Chamberlain Vorkandidaten wegen des Eintrittes in das neue Kabinett zu unternehmen. Aber er wäre durchaus bereit gewesen, ihn zum Vorkandidaten in Washington zu ernennen und wenn nunmehr Chamberlain den Posten des Schatzkanzlers gegen das neue Kabinett ablehnte, so sei das neue Kabinett ohne Standpunkt außerordentlich gebaut zu werden.

Sir Worthington Evans ist in das neue Kabinett als Generalsekretär eingetreten.

Ein neuer Morg.

Krefeld, 27. Mai. Der laubhummel Gantzer Evert von hier wurde in der Nähe der Eisenbahnlinie Krefeld-Dyck-Wahl von mehreren Horden der Besatzungsstruppen beschossen und schwerverletzt. Er wurde ins Krankenhaus geschafft, wo er bald darauf starb.

Das Hauptquartier der Aufrührer.

London, 28. Mai. Der „Times“-Vertreter hört aus zuverlässiger Quelle, daß in Düsseldorf ein kommunistisches Hauptquartier unter Leitung eines ehemaligen russischen Professors besteht, wo zahlreiche russische, deutsche und französische Soldaten aus- und eingehen. Demut telegraphische Nachrichten, die kommunisten lagten über Wasserangel, legten aber hinzu, dem werde bald abgeholfen sein.

Die „Times“ melden, der deutsche Botschafter habe am Sonnabend die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf die Vorgänge im Ruhrgebiet hingelenkt, wo ein Drittel des Produktionsgebietes von den kommunisten in ihrer Gewalt sei. Die deutsche Polizei einrücken dürfe, Baldwin habe dem Botschafter eingehende Ermüdung gegen Anweisungen zugesagt, jedoch auf die Schwierigkeiten für Großbritannien hingewiesen, in den Zuständen etwas zu ändern, da Großbritannien sich der Verbündeten nicht angeschlossen habe.

Deutscher Protest gegen den Justizmord an Schlageter.

Berlin, 29. Mai. Selbstständig wird mitgeteilt: Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung zu erklären, in welcher es u. a. heißt: Die französische Regierung hat den Kaufmann Schlageter, gegen den ein französisches Kriegsgericht in Düsseldorf auf Todesstrafe erkannt hatte, am 26. Mai erschossen lassen. Der Justizmord, der dem Welt ausbleibt ist der deutschen Regierung nur aus Protestmeldungen bekannt und kann von ihr nicht nachgeprüft werden. Gleich viel, wie es sich dabei zu verhalten hat, muß festgestellt werden, daß das Verfahren gegen Schlageter nicht den Ansprüchen der Gerechtigkeit entsprechen, sondern angetan zu werden. Die französische Kriegsgerichtsbarkeit hat kein Recht, auf deutschem Boden, den sie widerrechtlich betreten haben, über die Freiheit oder gar über Leben und Tod Deutscher zu entscheiden. Die deutsche Regierung hat gehofft, daß sich die französische Regierung, wenn nicht aus rechtlichen Gründen, so doch aus Gründen der Menschlichkeit und um eine weitere Verschärfung der Lage zu vermeiden, bezogen hätte, um die Vollstreckung des Todesurteils Abstand zu nehmen. In diesem Sinne hat sofort nach dem Bekanntwerden des Urteils eingehende Vorstellungen bei ihr erhoben worden. Die französische Regierung hat ihnen kein Gehör gegeben; sie vielmehr entschlossen, den Kriegsgerichtsstand gegen die Bevölkerung bis zum Ausbruch zu treiben und mit der Erschießung Schlageters einen Schritt zu tun, der nicht wieder aufgehoben werden kann. Die deutsche Regierung protestiert förmlich gegen diesen Mißbrauch der Gewalt, für den die französische Regierung die Verantwortung trägt.

Die türkische Reparationsfrage in Goulanze.

Constantinople, 29. Mai. Einen äußerst wichtigen Punkt bei der Einigung in der griechisch-türkischen Reparationsfrage bilden die türkischen Reparationsforderungen der Türkei, daß sie ihrerseits das Entgegenkommen der Türkei gegenüber Griechenland bei der alliierten Reparationsforderung berücksichtigen wollen. Die Verbündeten haben nunmehr erklärt, daß sie von ihrer Reparationsforderung in Höhe von 15 Milliarden £ und Zahlung von Millionen in Abzug bringen wollen, die sie bereits für in Deutschland und Oesterreich beschlagnahmtes türkisches Gold und für an England zu viel bezahlte Summen für Kriegsschiffe in Händen haben. Die Türkei muß aber, wie sie in der letzten Sitzung der Finanzkommission betonte, die ganze Reparationsfrage mit den Verbündeten abgeklärt aufstellen und lehnen daher auch eine Entschädigung für die unter türkischen Namen aber mit ausländischem Kapital in der Türkei an den Verbündeten für die Kriegsschiffe ab. Die Verbündeten haben auf ihren Forderungen bestanden und keine Einigung erzielt wurde, dürfte die Frage vertagt werden. In der griechisch-türkischen Reparationsangelegenheit machen die Parteien übrigens sehr nach Schenkerforschungen für die von den griechischen Truppen verübten Verbrechen an den türkischen Eisenbahnen geltend. Infolge der Abtretung von Karagatsch werden die Türken mit den Griechen und Bulgaren ein eigenes Abkommen über die freie Benutzung der nunmehr türkisch werdenden Eisenbahnlinie abschließen.

Rücktritt des polnischen Kabinetts.

Warschau, 28. Mai. Ministerpräsident Sitorski hat infolge der Selbstmordmord am Sonnabend, den das Kabinett mit 270 Stimmen gegen 117 Stimmen ein Misstrauensvotum einbrachte, dem Präsidenten Wojciechowski seine Demission sowie die des gesamten Kabinetts überreicht. Präsident Wojciechowski nahm die Demission an. Der Staatspräsident beauftragte den Vorsitzenden der polnischen Volkspartei Pilsos mit der Bildung des neuen Kabinetts. Pilsos nahm nach einer Befragung mit der Regierung der polnischen Volkspartei den Auftrag an. Die Ministerliste wird wahrscheinlich morgen bereits fertiggestellt sein.

Das Ergebnis der Lohnverhandlungen im Bergbau.

Berlin, 28. Mai. Die heute im Reichsarbeitsministerium stattgefundenen Verhandlungen über eine Erhöhung der Bergbauarbeiterlöhne haben zu dem Ergebnis geführt, daß für das Ruhrgebiet eine Erhöhung um 3,8 Prozent mit Wirkung ab 1. Juni ausgehandelt wurde. Es wird eine Erhöhung um 1000 Mark je Schicht vorgenommen, wobei 2000 Mark als Abgeltung der im Mai weiter eingetretenen Vertiefung der Lebensbedingnisse zu gelten haben. Die Sozialfälle werden um je 336 Mark auf je 952 Mark erhöht. Ab 1. Juni stellen sich die gesamten Durchschnittslöhne einschließlich der Abwehrgelagen auf 3933 Mark je Schicht. Diese Sätze haben natürlich keine Geltung für das unterlegte Gebiet. Die Verhandlungen über die Löhne in den übrigen Bergbaubezirken dauerten am Montag Abend noch an. Den Ruhrbergbauern wurde seitens der Arbeitgeber noch infosen ein besonderes Entgegenkommen bewiesen, als am Sonnabend, den 2. Juni abends allen Bergbauern bekannt wurde, daß nun eine Schichtverfahren haben, ein Vorstoß in Höhe eines doppelten Schichtlohnes gezahlt wird.

Aus Stadt und Umgebung

Dollar und Leuerung.

Die Bekämpfung des Wunders.

Beim Zeigen des Dollars steigt erfahrungsgemäß jeder auch der Wucher mit Gegenständen des täglichen Lebensbedarfes. Deshalb hat, wie der „Allgemeine Freiwirtschaftsbeobachter“ berichtet, der Präsident des Landespolitikrates alle Polizeibehörden erneut angewiesen, der Bekämpfung des Wunders ihre ganze Kraft zu widmen.

Die Polizeibehörden werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß der Wiederbeschaffungspreis als Maßstab für die Angemessenheit des Gewinns abzumessen ist. In dem Rundschreiben des Präsidenten des Landespolitikrates an die Polizeibehörden wird weiter betont, daß bei vielen für die Versorgung der Bevölkerung wichtigsten Waren eine Notmarktlage besteht, welche die Verkäufer verpflichtet, ihre Preisforderung auf der Grundlage der individuellen Beschaffungskosten zu berechnen. Bei dem Verkauf der Warenzurückhaltung sollen die Polizeibehörden Augenmerk nehmen. Beobachtet die Polizeibehörden Ankaufkäufe des Publikums und Warenhändler, so sollen sie den Händlern nahelegen, Waren in größeren Mengen nicht mehr abzugeben. Die Polizeibehörden werden ferner ersucht, ihre Aufmerksamkeit auf die Erzeugerpreise zu lenken, die etwa 25 bis 30 Prozent unter dem im Absatzgebiet notierten Marktpreise liegen müssen.

Tätigkeit der Polizei und der Gerichte zur Wucherbekämpfung im Landkreis Merseburg.

Am Monat April dieses Jahres sind 15 Fälle zur Anzeige gebracht worden. Sieben Verurteilungen durch Amtsrichterliche Strafgerichte und zwei Verurteilungen durch Schöffengerichte zu empfindlichen Geldstrafen verurteilt worden.

Die Posttarifserhöhung bereits am 15. Juni.

Wie eine Korrespondenz zu melden weiß, beschließt das Reichspostamt die am 1. Juni festgesetzte Tarifserhöhung nicht erst zum 1. Juli, sondern bereits bis spätestens 15. Juni in Kraft treten zu lassen. Am 1. Juni festgesetzt ist eine Erhöhung um etwa 20 Prozent auf 100 Prozent. An am 1. Juni festgesetzte Erhöhung dieser Maßnahme wird nicht zu erlangen.

Die wahlrechtliche Regelung der Gemeindevorstände.

Für die bis zum 30. November dieses Jahres vorzunehmenden allgemeinen Gemeindevorwahlen hat der preussische Minister des Innern festbestimmt, daß für die erste ortsgemeindefreie Festlegung der Zahl der Stadterwählern nach dem Einwohnerzahl das Ergebnis der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 maßgebend ist. Die Bestimmungen der neuen Gemeindeordnung über die Wahlberechtigung und die Wahlberechtigung usw. beziehen sich nur auf die allgemeinen Vorwahlen. Bei der Neuwahl einzelner Gemeindevorstellungen bleibt es bei den bisherigen Gemeindevorstellungsgesetzen.

Nach über die Erträge können Tarifverträge geschlossen werden.

Zu erledigen das Oberlandesgericht Hamm (27. Juni 1920) die gehören zu Teil VII der Gewerbeordnung über gewerbliche Arbeiter, eben daher Arbeiter, zumal sie nicht nur zur Ausübung, sondern auch zur Arbeitsleistung tätig seien, besonders am Ende der Zeitzeit. Daher sei die Frage der Entlohnung und ihrer Höhe eine Frage des Tarifvertrages und deshalb Gegenstand der tarifvertraglichen Festlegung.

Der Betriebsrat hat kein Mitwirkungsrecht bei Festlegung der Betriebsmengen.

Das Oberberamt Breslau hat entschieden, daß den Betriebsräten (aus § 66, 9 Betriebsvertragsgesetz) das Recht nicht zustehe, bei der Festlegung der Minderung der Mieten für die einzelnen Betriebswohnungen mitzuwirken. Die Festlegung der Mieten sei der Festlegung der allgemeinen Verwaltungsgrundzüge für die Vermietung paritätisch mitzutun. Ausdrücklich in „Braunoble“ 1923, S. 728.

Die neuen Grundzüge zur Neuordnung der preussischen Universitätsverfassungen.

Die das preussische Staatsministerium beschloßen hat, belegen, daß jede Universität ihre Angelegenheiten selbständig verwalten kann. Verwaltungsvorber ist die Gesamtheit der Professoren und Privatdozenten, letztere soweit sie die Rechte der Professoren haben. Es bestehen ein und derselbe Senat. Der Senat besteht aus Rektor, Prorektor, Dekan und Vizekanzler. Dem weiteren Senat gehören alle ordentlichen Professoren und eine Reihe von Nichtordentlichen an. Wer nicht die akademischen Vorkandidaten als Universitätskandidaten die Verwaltung mit den Studierenden unterhalten die Arbeitsgemeinschaften.

20. Tagung der Evangelischen Schulkonferenz.

Nachdem der größte der evangelischen Erziehungsverbände der Reichsleiter in Bonn, seine Tagung nach Oden in Braunshweig gehalten hatte, traten nach Bingen die großen Erziehungsverbände des deutschen Evangelischen Schulvereins am 20. Schuljahrgang am 22. und 23. Mai in Biele um zusammen. Ein dem evangelischen, dem christlichen Charakter der Schule ringt in Deutschland das christliche, evangelische Volk. Einmütig Hang auch durch alle Verhandlungen des Schulkongresses die Lösung hindurch: der deutschen evangelischen Jugend die deutsche evangelische Schule. Nach der gemeinsamen Sitzung des Vorstandes des Deutsch-Evangelischen Schulkongresses mit dem Erziehungsausschuss begann die Tagung mit dem Eröffnungsgottesdienst in der Domkirche. Die Begrüßungsversammlung im Palaisgymnasium nahm im Rahmen ministerlicher Anwesenheit unter Leitung des Vorsitzenden Konfirmandenrat Gumbmann eine Reihe trefflicher Begrüßungen aus dem Weisse und dem Auslande entgegen. Die erste Hauptversammlung in der Aula der Universität unter Leitung von Professor Dr. Bachmann-Erlangen eröffnete eine himmelsvolle Morgenandacht von Geheimrat Professor Dr. Ewigert-Erlangen, der gegenüber der geliebten Unternehmung die Gabe des Geistes und seine Kraft in Unterlegung an Joh. 7, 38 erbot. Es folgten die Begrüßungen der Behörden: im Namen der Universität der derzeitige Rektor Geheimrat Dr. v. Böhmburg-Salle, für den deutsch-evangelischen Kirchenausweis der Vertreter des deutsch-evangelischen Kirchenausweis Oberprobediger Dr. Scholz, für den evangelischen Oberkirchenrat Oberkonfirmandenrat Karow-Berlin, für die Konfirmanden Wandeburg und Hannover Geh. Konfirmandenrat Professor Dr. Dr. v. Galle und Konfirmandenrat Wangemann-Dannover, für die Stadt Halle Stadtschulinspektor Coffe. Den Hauptvortrag hielt Professor Dr. Wirtz-Erlangen über: Das evangelische Schulwesen und sein Wert für Volk und Kirche. In der abends allen beteiligten am 23. Juni eine am 24. Juni abends von Rektor Jetter-Cannstatt: Die phylogenetische Gestaltung des Religionsunterrichtes eine Erklärung zur Schul-

Die Falkner auf Gindenshöhe.

Roman von Reinhold Drimann.

(Nachdruck verboten.)

(Schluß.)

„Mir graut, wenn ich an diesen Mann denke. Doch ein Mensch so schlecht sein kann!“
Erich war ernt geworden.

„Nicht so hart, liebe Erna! Ich glaube überhaupt nicht an eigentlich schlechte Menschen, so wenig ich an eigentlich gute glaube. Ich glaube nur an Kluge oder Dumme, an glückliche oder unglückliche. Und der Mann in der Ziegenbrunner Apotheke, der sich jetzt selber richten zu müssen glaubte, gehörte wohl kein Leben lang zu den unglücklichen. Um ihn erbarmungslos verdammen zu dürfen, müßten wir wohl erst einmal ein paar Stunden lang in seiner Haut gefestet haben. Mir, das geht'se ich offen, mir tut er leid, obwohl ich ihn nie gemocht habe. Und es hat mich gefreut, daß Germering, als man ihm seinen Tod mitteilte, noch wärmer und mitfühlender über ihn gesprochen hat.“

„Halt du auch davon ab, daß gegen den Sanitätsrat ein Verlangen wegen Amputation eingeleitet werden soll?“
„Daran wird kaum etwas werden. Die Anhaltspunkte sind, juristisch betrachtet, so schwach. Es ist mir nicht einmal recht verständlich, wie das Gericht entfallen konnte. Der Berichtschreiber muß wohl geschwätzt haben. Hier in Ziegenbrunn schmagt eben alles.“

„Hältst du auch den Sanitätsrat nicht für einen schlechten Menschen?“
„Nein, ich halte ihn nur für dumm. Wobei ich nicht unterlassen will, hinzuzufügen, daß die Dummheit immer die gefährlichste ist. Schon ihrerwegen könnten wir zu unferer Sicherheit die Gefängnisse nicht entbehren.“

„Er soll ja auch die Absicht haben, Ziegenbrunn zu verlassen und zu seiner verheirateten Tochter an den Rhein zu ziehen.“

„Sehr vernünftig. Dann wird in Ziegenbrunn also Platz für zwei neue Verheiratete werden. Daß auch Germering die lebenswürdige Einwohnerhaft gründlich satt hat, kann man ihm kaum verübeln. Wenn ich ich fürchte, daß er es anderswo nicht besser findet.“

„War es nicht ein wunderbarer glücklicher Zufall, daß wir hier die Ärzte noch aufbewahrt hatten, die der Entel damals wegen ihres schlechten Geschmacks nicht hatte weiter nehmen wollen?“

Erich schüttelte den Kopf.

„Du meinst, weil dadurch der Nachweis erbracht werden konnte, daß ihr wirklich eine Dosis Waldrian beigeisigter worden war? Ich wollte, sie wäre nicht mehr vorhanden gewesen. In Germerings Nachforschung hätte es dieses letzten schlagenden Beweises für Signes Schuld nicht mehr bedurft. Und ich um Alarms willen hätte ich gemerkt, daß um wenigstens die Möglichkeit eines Zweifels offen gelassen wäre. Aber wo ist er denn? Und wo ist Gerda?“

„Sie wollten den Vater natürlich nicht allein gehen lassen und ich wenigstens bis an das Ende des Lindenweges begleiten. Ich denke, daß sie mit ihm zurückkehren werden.“

„Der Justizrat ist abgereist?“

„Ja, er jammerte schon genug darüber, daß er sich durch sein Interesse an dem Fall Germering so lange habe hier festhalten lassen. Uebrigens ein prächtiger Herr, den man notwendig lieb gewinnen muß.“

„Das will ich meinen. Er ist in allen politischen Dingen mein Feind; aber ich wäre froh, wenn alle meine Gegner von seinem Schläge wären.“

„Er wollte Albin das Versprechen abnehmen, nach Berlin zu kommen. Und ich war sehr erfreut, als ihm dein Bruder erwiderte, daß du bereits seine Wohnung hättest.“

„Die habe ich zwar eigentlich noch nicht. Aber wenn er sich inzwischen entschlossen hat, meine Einladung anzunehmen — um so besser. Dir wird er ja, wie ich hoffe, in Berlin nicht wieder gefährlich werden.“

„Mir — in Berlin?“ fragte sie verwundert. „Ja, ich gehe doch garnicht dahin.“

„Nicht morgen vielleicht oder in der nächsten Woche; aber doch wohl in drei Monaten oder längstens einem halben Jahr.“

„Über davon weiß ich nicht das Geringste.“ lächelte sie. „Warum und als was sollte ich denn nach Berlin gehen?“

„Als meine Frau natürlich. Oder hast du keine Lust dazu?“

Das Meisterwerk des Salvini.

Unter Roman geht heute zu Ende. Wir beginnen morgen mit dem Abdruck eines Kriminalromans, der den bekannten Schriftsteller Otto Beradt zum Verfasser hat. Auch dieser Roman wird unter Leser in Spannung halten.

Erna mußte eine sehr ungeschickte Bewegung gemacht haben, denn mit einem Male lag die Hälfte der Tafel, die ihren Stuhl gefüllt hatten, auf dem Boden. Sie bläute sich stumm, um sie wieder einzusammeln und Erich tat ein gleiches, um ihr beistehend zu sein.

„Nun?“ sagte er. „Mit einem kurzen Ja oder Nein kümmerst du mir doch wenigstens antworten.“

„Ach, Erich, es ist ja garnicht dein Ernst.“

„So! — Meinist du? — Na, dafür ließe ich ja zur Not noch der Nachweis erbringen.“

Er hatte ihren zierlichen Kopf schon zwischen seinen beiden Händen, und er küßte sie, daß ihr ganz schwindelig wurde. Da mußte sie wohl in der Tat nicht länger an der Ernsthaftigkeit seines Vorlesages zweifeln, und sie hatte, wie es schien, auch nichts Besonderes gegen ihn einzuwenden. Wenigstens war Erichs Arm noch um sie geschlungen, und ihre Wangen lag noch an seiner Schulter, als der Klang

von Stimmen aus der Richtung der Gartenpforte her die Heimkehr der Hausgenossen ankündigte.

Sie kamen in der Tat. Aber nicht zu dreien, wie sie gegungen waren; sondern es waren fünfzig ihrer vier geworden. Bernhard Falkner ging voraus, auf den ihm seines Ältesten Sohnes gestützt; Gerda und Dr. Germering schritten hinterdrein. Als sie in den Saal traten, einbog, trat ihnen Erich entgegen, mit dem Saal in der Hand, aber freudig und herzlich, als wäre er wirklich der hervorragendste Fremde, den man aus Verwandtschaften zur Tafel geladen. Die Verführung zwischen Vater und Sohn vollzog sich ohne stürmische Umarmungen und ohne den Ueberflang zärtlicher Worte. Bernhard Falkner ließ Albin's Arm los und streckte dem Jüngeren seine Hand entgegen.

„Griß dich Gott! Es freut mich, daß du da bist. — Hoffentlich hast du nicht so lange warten müssen.“

„Nun, es geht an, Vater! Drei Jahre sind immerhin eine recht hübsche Zeit.“

„Das meinte ich eigentlich nicht. Aber wenn 'wir nun einmal von diesem Warten reden: sie sind für mich nicht länger gewesen als für dich. — Und man können wir, wie ich hoffe, gleich zu Tisch gehen.“

Zeit war es Erich, der ihm seinen starken Arm als Stütze ließ. Und er sah doch sehr glücklich aus als er den Vater vorzüglich über die Szenen der Freitreppe emporgelächelte.

Gerda und Dr. Germering waren hinter den anderen zurückgeblieben. Zum ersten Mal sahen sie sich wieder allein. Wohl war auch das, was sie wieder schon mit einander gesprochen hatten, für jeden von ihnen wohl tiefer, beglückender Bedeutung gewesen; aber das letzte, entscheidende Wort hatte sich doch noch nicht herausbringen dürfen. Und fast hatte es den Anschein, als solle es auch jetzt noch in der Tiefe ihrer Herzen verschluckt bleiben. Denn Gerda war an einem der Momente der Abschiedsfeier, als bewunderte sie zum ersten Mal die Kraft seiner letzten Blüten, und der junge Arzt stand stumm an ihrer Seite. Da — nach einem schier allzu langen Schweigen — sezte sie ihm plötzlich ihr Gesicht zu:

„Und nun — auf Ehre und Gewissen! — Sie sind mir wirklich nicht mehr böse, Herr Doktor?“

„Auf Ehre und Gewissen, Fräulein Gerda: ich bin Ihnen unaussprechlich dank.“

Sie lächelte sich an, und gleichsam ohne ihr Zutun hatten ihre Hände sich gefunden. Sie blieben auch Hand in Hand, als sie die Treppe emporgingen, und es machte ihnen offenbar wenig Sorge, daß man sie von beiden Seiten des Balcons aus sehen konnte. Gedacht, die man einen langen Lebensabend, der noch vor ihnen lag, so Hand in Hand zu gehen.

Als das Mittagmahl sich seinem Ende näherte, erhob Bernhard Falkner sein Glas.

„Ich will, meine Kinder, welcher Bestimmung dies Glas fortan geweiht sein soll. Für uns ist es in allen Hinsichten wohl düsterer Schatten, die uns wohl nie mehr zu rechter Freudeigkeit hätten aufleben lassen. Vor hellen Anberstimmeln aber und vor glücklichen Stunden werden die Schatten weichen. Und es wird wieder Sonne sein in allen diesen Räumen. Ich trinke auf das Wohlsein und Gedeihen des Falknerhauses auf Gindenshöhe. — Und helf mir silberne Gläsern klängen die Gläser zusammen.“

— Ende. —

Statt Karten!

Gestern Morgen 10 1/2 Uhr entlich nach schwerem Leiden unsere herzensgute Mutter, Schwieger-, Großmutter und Tante,

Frau verw. Mathilde Biehle

geb. Engelmann

im 63. Lebensjahre.

In tiefer Trauer:

Rud. Gärtner u. Frau Rosa geb. Biehle.

Frankleben, den 27. Mai 1923.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Kapelle des Siedlerhofes in Halle a. S. aus st.

Familien-Adressen.

Geboren: Tochter des Karl Becker u. Frau Ida geb. Jähner, Silberberg.

Gehtoben Karl Sänker, 58 J., Obhufen; Friedrich Schmidt, 52 J., Leimbach; Gertrud Lutz, 9 Wochen, Reichberg; Emilie Sander, 67 Jahre, Trebnitz.

Henko

die Wäsche ein!

Henko'se Wasch- u. Bleich-Soda für Wäsche und Hausputz.

Henkel & Cie. Düsseldorf

Bei der Markentwertung

ist ein Warenzeichen die sicherste Grundlage für eine gute Geschäftsführung. — Wir gründl. richt. Herr.

Alleinverkaufsstelle

amt. erkla. Artikel! — Hohe Lauf, Aufhüßel — Bon. m. ca. 500 Mille m. l. unter N. O. 6208 an Hermann Strauß, Annen-Expedit., Berlin W. 8.

Buchhaltung

bemerkte Persönlichkeit (Herrn oder Dame). Es kommen nur Bewerber in Frage, die durch bereits behandelte ähnliche Posten oder im eigenen Geschäft sich gute Erfahrungen und Kenntnisse angeeignet haben.

Des weiteren stelle ich eine perfekte

Stenotypistin

ein. — Schriftliche Angebote erbittet

Arthur Kornacker.

Kontor-Verhiring

(auch weibl.) mit guter Schulbildung für sofort oder später

Schriftl. Ang. unt. 450 23 an die Geschäftsst. d. Btg.

Gottesdienst-Anzeigen.

Katholische Gemeinde.

Mittwoch, von 5 Uhr an: Beichtgelegenheit; 7.30 Uhr: Abend.

Donnerstag, den 31. Mai 1923 (Fronleichnam) Früh von 6 Uhr an: Beichtgelegenheit; 7 Uhr: Frühmesse mit Predigt; 9.30 Uhr: Festliches Hochamt mit Predigt; 2 Uhr: Sakramentsabend.

Kandorf. 11 Uhr: Gottesdienst mit Predigt. Söbding. 8 Uhr: Gottesdienst mit Predigt. Kagna. 8 Uhr: Gottesdienst mit Predigt.

Gändl. Spar- u. Darlehnskasse

Waldendorf u. U., e. a. m. b. H.

Günther, Schumann, Niemisch.

Pferde-Auktion!

Mittwoch, den 6. Juni, von 2 Uhr nachm. ab, werden auf dem Hauptplatz Gröbich bei Torgau

40 bis 50 Halbblutpferde,

zum größten Teil aus den Jahrgängen 19.9 u. 20. Offentl. meistbietend verkauft. Von 1 Uhr nachm. (pünktl.) ab werden die Pferde unter dem Reiter bzw. vor dem Wagen pp. gezeigt. Auktionslisten gegen Einzahlung von 1000 Mk. vom Sekretariat erhältlich. Die Geschäftsdirektion.

Pferde-Versteigerung.

Infolge Aufgabe des Fuhrgeschäftes bin ich beauftragt, am

Donnerstag, den 31. Mai 1923, vorm. 11 Uhr, im Goldhof „Fruhstücker Hof“ zu Weisenfels, Säbenerstraße, 1 Paar schwere, braune Oldenburger

Wallache

(fehlerfrei und gesucht), Alter ca. 9 Jahre, freihändig gegen sofortige Kasse zu versteigern. Beschichtigung von 10 Uhr ab.

Paul Schmidt, beidigt. Versteigerer.

Von Mittwoch, den 30. d. Mts. ab, sieht wieder ein stichiger Transport schwerer, hochtragender sowie neumittlerer

Kühe mit Kübern

in Werbeburg, Goldhof

„Zum Goldenen Bohn“, preiswert zum Verkauf.

Robert Amling. Tel. 240. Otto Heilmann.

182 Bildungsabend.

Montag, den 4. Juni, abends 8 Uhr im Herzog Christian. — Vortrag:

Was Jeder von Reichsjugendwohlfahrtsgeleit wissen muß.

Die Leitung der Bildungsabende.

Sängerschaft nach der Ostsee

23. — 30. Juni 1923

Leipzig — Hamburg — Lübeck — Travemünde — Sabinitz (Rügen) — Swinemünde — Sietlin Berlin — Leipzig.

Männergesangsverein Liederkreis.

Fahrtpreis einsch. aller Eisenbahn-, Dampferfahrten, Besichtigungen etc. 65 000 Mark. Programm u. Anmelde. bei der Hamburg-Amerika-Linie, Leipzig, Augustusplatz 2 u. 6, Reiseleiter Herm. Wolff, Leipzig-R., Crottendorfer Str. 7 Fernsprecher 61 640.

Empfehle eine ständige größere Auswahl 3-5 jährige, sowie mittel-jährige

Arker-, Wagen- u. Arbeitspferde

vom schönsten bis zum leichtesten Schlage, meist langschwanzig, unter voller Garantie und günstigen Bedingungen äußerst preiswert zum Verkauf und Tausch.

Max Böhring, Halle a. S. Goldhof Grüner Hof Große Zeilstr. 49. Fernsprecher 5 388.

Stohlen- u. Mischenfuhren

werden billigst ausgeliefert

Briketts

werden zentnerweise abgegeben.

W. Prophet, Nulanstr. 6, Telefon 683.

Junges Gd. paar (Büroangestellter) sucht am 1. Juni

möbliert. od. leerstehendes Zimmer

mit Kochgelegenheit gegen sehr gute Bezahlung!

Off. Off. unter R. 1002 an die Geschäftsstelle dies. Ztg.

Stadttheater Halle

Mittwoch, abds. 7.30 Uhr:

Die Königin von Saba.

Donnerst., abds. 7.30 Uhr: Von morgens bis mitternachts.

Kirchens-Verpachtung.

Der Kirchenshang der Gemeinde Wittenberg ist zum Verkauf, den 2. Juni, sonntags 5 Uhr, öffentl. meistbietend gegen Barzahlung im höchsten Gebote verpachtet werden. Bedingungen im Termin. Wittenberg, 27. 5. 1923. Der Gemeindevorsteher.

Tortistreu

führen- und zentnerweise gibt ab

Frankleben, Friedrichstr. 8.

Ein Paar br. Arbeitsstiesel (Schuhmacher). Er. 40, billig zu verkaufen. Teichstr. 25, Hof. r.

Tücht. Vertreter u. Wiederverkäufer

zum Besuch der Landhandlung allerorts gesucht. Geben Sie Ihren Namen und Adresse b. Halle a. S. Zeilstr. 19.

Möbliert. Zimmer

leiert oder später gesucht. Off. unter R. 1000 an die Geschäftsstelle dies. Ztg.

Möbliertes Zimmer

von jungem Herrn sofort gesucht. Off. unter R. 1000 an die Geschäftsstelle dies. Ztg.

Beilage zu Nr. 123 des Merseburger Tageblattes

Dienstag, den 29. Mai 1923

13000 Prozent Wohnungsbaubgabe.

Die Gewerbesteuerfestsetzung veragt. — Das Kinderfest.

Provinziallandtag, Stadtverordnetenversammlung, Kreisrat, Tagungen über Tagungen. Man läuft aus der einen in die andere. Die Presse schüttelt das müde Haupt und verheißt nicht, daß alles auf einmal vor sich gehen müsse. Aber geduldig läßt sie alles über sich ergehen und schreibt und schreibt. Was wollte sie auch tun? Streik? Dazu war schon ihrer Gelegenheit. 3. 8. als die Posttage der Presse amtlich anerkannt, aber nichts für sie getan wurde und gestern in der Stadtverordnetenversammlung auch, als darüber beschlossen wurde, daß fernerhin die Presse nicht mehr die Tagesordnung zur Veröffentlichung bekommen solle. Die Stadtverordneten, ausgenommen wenige, die die Defensivität darstellen, legten sich in geradezu archaischer Weise um ihr gutes Recht auf schnelle und bequeme Nachrichtigung im Zeitalter der Elektrizität ein. Merseburg darf sich nicht wundern, wenn demnach — Herr Koenen deutete es gelassen an — der Amtsbürokrat mit der großen Klingel durch die Straßen zieht und die Beschlässe eines hohen Magistrats der in den Fenstern liegenden Defensivität in die Ohren bläst.

So hätte man also gestern um ein Haar gestreift. Aber die Presse besann sich rechtzeitig in Anbetracht der wichtigen Beratungen, die sich fürchterlich in die Länge zogen. Obwohl die Gewerbesteuerfestsetzung gar nicht behandelt wurde. Doch die Wohnungsbaubgabe war nicht genug, um über sie und „angrenzende Gebiete“, wie Mauer, einbruch und Kapitalismus, Hundebau zu verhandeln. Der letzte Punkt gab alle Müdigkeit einen Stoß zur Ermunterung. Das Kinderfest soll in diesem Jahre gefeiert werden, ein Fest der Heimat. Mit bewundernswürdigen Schöpfung geht der Magistrat heran, doch plötzlich löst er auf Schwierigkeiten. Ein großer Teil der Bevölkerung will nicht mitmachen. Warum wohl nicht, fragt man sich erstaunt. Weil 1.) die Kinder Schaden an ihrer Gesundheit nehmen könnten. 2.) weil der Parateil unüberwindlich ist. 3.) weil die Zeit zu ernst ist, um Feste zu feiern. Wenn man dies Wunder fassen will, steht der Vorstand vor Staunen still! Zu 1.) Mustoben sollen sich die Kinder, wenn auch Staub wirbelt und trotz der mageren Margarineportion. Zu 2.) Röhren oder Parateilgehören haben in einem Kinderfest nichts zu suchen. Es gibt Sand und Schlitzter genug, die dunt genug sind, um zu ersticken. 3.) Die ernste Zeit! Wie oft hört man die Redensart und wie oft an falscher Stelle. Für Kinder ist keine Zeit zu ernst, als daß sie auch in ihr ihr gutes Recht, der Freude Ausdruck zu geben, fordern können. Sie haben ohnehin nichts oder nur wenig von ihrer Jugend. Sie haben es gelernt, mit den Erwachsenen zu leiden, sie sind frühzeitig geworden mit magerem Körper. Sie verlieren es, sind zu fein und werden, wenn sie das Kindsein abstreifen, als verirrte Menschen, einer des anderen Feind, ins Leben treten. Man gönne ihnen ein Fest und mache es so lustig, wie nur irgend möglich.

Nach der Eröffnung der Sitzung nimmt der Oberbürgermeister die Einführung des Kulturamtmanns Eickardt zum unbedenkten Stadtrat vor. Nach einem warmen Nachruf auf den verstorbenen Stadtrat Tänzer wird Herr Eickardt verpflichtet. Der Stadtverordnetenrat über den Rat der Stadtrat Tänzer mit einigen Worten den neuen Stadtrat, Stadtrat Eickardt erwidert darauf kurz und schlicht mit dem Versprechen, solange er das Vertrauen seiner Wähler besitze, er alle seine Kräfte in den Dienst der Stadt stellen will, um mitzubekommen an der schweren Arbeit. Als neue Stadtverordnete treten ein die Herren Schrengel (Zeitungsmann) und Wegelin (Demokrat). Der Stadtverordnetenvorsteher widmet dem verstorbenen Stadtrat Tänzer einen Nachruf, den die Versammlung, liehend anhört.

Nach der Wahl der Beisitzer für das Kleingartenrat, scheidegericht, kommt eine **Änderung der Geschäftsordnung** zur Sprache. Die Veröffentlichung der Tagesordnung soll nicht mehr in der bisher gebräuchlichen Weise geschehen, ein Anschlag am schwarzen Brett soll genügen. Die Öffentlichkeit wird genau so unterrichtet wie bisher. Nur die offizielle Veröffentlichung soll in der bisherigen Form fortfallen. Abg. Stadtv. Koenen (Komm.) hat Bedenken. Die geringe Ausgabe sei im Grunde eine Ersparnis. Die Öffentlichkeit hat ein Recht, die Tagesordnung zu erfahren. Stellt den Antrag, die Veröffentlichung im „Merseburger Tageblatt“ und „Korrespondenzen“ auch dem „Volksblatt“ und „Mäusenkampf“ zu geben. Die Stadt hat bisher ein Engagement der Presse gefunden. Die Ausgaben der Presse sind weit größer als die des Magistrats. Der Antrag Koenen wird mit 14:13 Stimmen abgelehnt und der Magistratsantrag mit vier Stimmhaltungen angenommen. Die Erhöhung der **Sondersteuer** auf vierzehnjährig 5000 Mark wird bewilligt. Ebenso die Erhöhung der **Sondersteuer** für die landwirtschaftliche und gewerbliche Berufsleute, mit der Ausnahme, daß freiwillige Schüler nur den Satz der zweiten Steuerklasse zu entrichten haben, auswärtige allerdings die der ersten. Die neuen **Sonderabgabe** für das **Wesum** und die **Mittelschule** auf 50 000 Mark und 30 000 Mark für Einzelstücke werden genehmigt. Ein **Kandstreifen** am Bahnhof soll für 30 000 Mark pro Quadratmeter an die Engelhardtbrauerei verkauft werden. Von der **Hausangelegenheitensteuer** soll, da sie so gut wie nichts eingebracht hat, Abstand genommen werden. In den **Gewerbesteuerfestsetzungen** werden gewählt die Herren Meißner, Dietrich, Reusandt, Schröder-Bühse, Hoyer, Franz Köhner, Klau und Rex. — Die **Festsetzung der Höhe der Gewerbesteuer** wird, da noch Beratungen notwendig sind, für die nächste Sitzung veragt. Ilied die

Wohnungsbaubgabe 1923

referiert Stadtv. Vorhe (Zn.). Redner ist der Meinung, daß eine Erhöhung eintreten müsse. Er frage sich nur, in welcher Höhe. In ausführlicher Rede legte er die Vorlage dar. (Sie ist von uns veröffentlicht worden. Der Magistrat

beantragt neben der staatlichen Abgabe von 1500 Prozent eine Gemeindeabgabe von 15 500 Prozent.) Stadtv. Mahlo ist befangen als Gegner des Wohnungsbaubgabegesetzes. Er bewirkt, ob die Familienväter die neue Last tragen können, während die vertriebenen Junggeheilen frei ausgehen. (Ein Monat Junggeheilen und Herr Mahlo wäre befangen. 2. Med.) Er bittet, nicht über 10 000 Prozent zu beschließen. Stadtv. Krüger (Zn.) wendet sich in scharfen Ausführungen gegen die Erhöhung. Er hält 10 000 Prozent für ausreichend. Stadtrat Klein bittet, bei 18 000 Prozent zu bleiben, da das Bauprogramm dann nicht durchgeführt werden könne. Auch Stadtv. Vorhe hält das Gesetz für nicht ideal. Stellt den Antrag auf Erhöhung von 11 500 Prozent neben der 15 000prozentigen Staatsabgabe. Nach einer längeren Rede des Stadtv. Koenen und einigen Ausführungen des Oberbürgermeisters kommt in der Abstimmung der Antrag Vorhe auf Erhöhung von insgesamt 13 000 Prozent zur Annahme.

Erhöhung von 900 Prozent des Nutzungswerts als Kanalgebühren.

Der Wichtigkeit der Vorlage wegen sei die Begründung des Magistrats mitgeteilt. Der von den städtischen Körperschaften beschlossene Nachtrag zur Dringlichkeit und Gebührenordnung betreffend die Vollkanalisation vom 26. März 1923 setzte als Bemessungsgrundlage an Stelle des Nutzungswertes den gemeinen Wert. Der Bezirksausschuß hat die beschlossene Veränderung nicht genehmigt, weil er der Ansicht ist, daß der gemeine Wert bei den heutigen steigenden Verhältnissen schwer zu ermitteln sei, und zu Willkürlichkeiten führen könne. Das Magistrat hat daher beschlossen, es bei der alten Bemessungsgrundlage zu belassen und nach wie vor den Nutzungswert für die Kanalabgabengebühr zurrunde zu legen. Es ist daher nur notwendig, die Gebühr für unbesetzte Grundstücke, die an den Kanal angeschlossen sind und die bisher auf den festen Satz von einhalb Pfennig für das Quadratmeter festgelegt war, durch einen Nachtrag auf einen neuen Satz zu erhöhen. Der Satz von einhalb Pfennig für das Quadratmeter ist nunmehr auf 1 Mark für das Quadratmeter geändert worden. Im übrigen müßte der Hunderttag für die Gebühr des Rechnungsjahres 1923 festgelegt werden. Der Mietwert der bisherigen Gebäude im Oktober vorigen Jahres betrug rund 5 Millionen Mark. Da der Haushaltsplan der Kanalisation eine Gesamtansgabe von 37,5 Millionen Mark erfordert, müßten von dem Mietwert 750 Mark zur Erhebung kommen. Auf diesen Betrag müßte die Nutzungsgebühr festgelegt werden, wenn sie mit Wirkung ab 1. April erhoben werden könnte. Sie kann aber nur, da eine Rückmeldung ausgeschlossen ist, mit Wirkung ab 1. Juni erhoben werden. Die Gebühr muß daher für die noch laufenden Monate zehn Monate des Rechnungsjahres auf 900 Prozent festgelegt werden. 750 Prozent für zwölf Monate ergeben daselbe wie 900 Prozent für zehn Monate.

Eine Debatte wird dieser Punkt angenommen. Ilied das in diesem Jahre abzuhaltende **Kinderfest** berichtet Stadtv. Mahlo. Oberbürgermeister Herzog gibt bekannt, daß von drei Schulen sich zwei Drittel der Kinder zur Beteiligung gemeldet hätten. Die Lehrerschaft der zweiten Volksschule ist geschlossen gegen das Fest. Stadtv.

Preßien legt die Gründe dreier Lehrergruppen dar und verleiht deren Stellungnahme. Oberbürgermeister Dewog, wie auch viele andere Stadtverordnete, legt sich warm für das Kinderfest ein. Die Versammlung beschließt, gegen die Stimmen der Mehrerschaft das Fest zu feiern.
Schluß der Sitzung: 9,11 Uhr.

Die Fortsetzung des Ruhrkampfes.

Der Optimismus, den aufmerksame Leser in der Eisenbahn, auf den Straßen und sonstwo gerade in diesen Tagen feststellen können, fällt mit einem neuen Anlauf der Desillusionierung zusammen. Das Gleiche war bereits vor 4 Monaten, unmittelbar nach Beginn der französisch-belgischen Substantion, der Fall gewesen. Damit wird klar, daß zahlreich Deutsche die Ansichten des Ringers im Westen nach Anzeichen beurteilen, die mit dem wahren Stand der Dinge nur in mittelbarem und losem Zusammenhang stehen. Der neue Anstieg der Desillusionierung ist im Grunde auf die abschlägigen Antworten zurückzuführen, die Frankreich, England, Italien und Japan auf unser Reparationsangebot vom 2. Mai erteilt haben. Es hat den Anschein, als werde es nicht so bald zu ausgiebigen Verhandlungen über die Höhe der deutschen Reparationsverpflichtung und über ihre Einbringung kommen. Die legitimen Desillusionierungen genau so wie die Dollarschmerzerei suchen in den kostbaren Auslandswechseln den Bedarf der nächsten Wochen und Monate zu decken, ehe ein noch höherer Kursstand erreicht ist. Da in diesen streifen das Bedürfnis besteht, die Haltung und Handlungsweise mit tatsächlichen Gegebenheiten zu belegen, so wird nachträglich beantragt, die Ansichten des Ruhrkampfes seien in der letzten Zeit weniger günstig geworden. Es wäre eine falsche Schein, wenn man solche Meinungen mit Stillschweigen übergehen wollte. Werden die Ansichten des Ruhrkampfes nicht mit rückhaltloser Schärfe dargestellt, so kann sich die Abwehrfront im Westen nicht in bisheriger Stärke erhalten.

Der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund hat am 22. Mai auf einer Konferenz der Gewerkschaften in Essen eine Entschlossenheit gefaßt, in der der unabhängige Wille zum Ausdruck gebracht wird, den passiven Widerstand solange fortzusetzen, bis auch bei der französischen Regierung der eheliche Wille zur Verständigung über die schwebende Reparationsfrage erzielt ist. An anderer Stelle der Entschlossenheit heißt es, daß die Arbeiterschaft den passiven Widerstand in der überragenden Weise fortsetzen werde. Diese Kundgebung ist erfolgt, obwohl die französisch-belgischen Besatzungsorgane im Ruhrgebiet nicht nur im Widerstand mit verstärkter Mißtrauenshaftigkeit gegen Verwaltungsbeamte, Eisenbahner und wirtschaftlich tätige Personen vorgehen. Es zeigt wie gerechtfertigt feinerzeit die Mahnung gewesen ist, das deutsche Volk möchte sich auf eine monatelange Dauer des Ruhrkampfes einstellen. Die erwähnte Entschlossenheit des größten deutschen Gewerkschaftsverbandes richtet an die Reichsregierung die Aufforderung, ihre früheren Vorschläge zu ergänzen und besonders nach der Seite passiver Sicherheiten zu erweitern. Nachdem die britische Ministerie durch die Ernennung Sir

Ballwin's zum Nachfolger Bonae Lamb's erledigt worden ist, werden die Verhandlungen über Wesen und Form der von Deutschland zu überreichenden ergänzenden Vorschläge schnell zu Ende geführt werden können. Es hat keinen Zweck, daß in der bevorstehenden deutschen Note eingehend über die Antwortnote der Alliierten polemisiert wird. Wohl aber kann es einer baldigen vernünftigen Regelung des Reparationsproblems nur dienen, wenn auf die ungehörige Form besonders der französisch- und englischen Antwort und auf die vorläufige Ignorierung wesentlicher deutscher Anregungen durch die Gegenseite hingewiesen wird. Es wird garnicht sehr lange dauern, bis die Franzosen und Belgier die Handelsbeziehungen an Ruhrkohle abtransportiert haben, dann wird das französische Volk die Erfahrung machen, daß man mit Bajonetten vielleicht Kohlenhaufen abschleusen und Eisenbahnhänge im Sonnentempo 50 oder 100 Kilometer weit führen, nicht aber die Bodenfläche aus einer Tiefe von Hunderten von Metern reichlich und gleichmäßig herauszubringen kann.

Turnen, Spiel und Sport.

Berichte über die Sonntagsspiele.

Stovrberein 99 in Eisenburg siegreich.

(Eigene Berichtserstattung.)

Mit einem dem technisch überlegen durchgeführten Spielverlauf nach dem verdienten Sieg führt der Sportverein 99 am letzten Sonntag aus Eisenburg zurück. Der 4:2-Erfolg gewinnt dadurch an Bedeutung, daß die Werbeburger mit mehrfachen Erfolg ohne Wehner, Dr. Wittke, Planert und Kolb die Reihe antreten mußte, trotzdem aber ein zielbewußtes und technisch hochstehendes Spiel vorführte, das durch seinen durchaus fairen Charakter seinen Zweck als Propagandaspield voll erfüllt haben dürfte. In der 1. Halbzeit ließ 99 dem Besiegten keine Chance, der Sturm arbeitete sich, von der Deckung erfolgreich unterstützt, in seinen Kombinationszügen immer wieder vor des Gegners Tor, wo nach genauem Innenpiel durch Saugl und Klein drei Tore fielen. Nach dem Seitenwechsel ließ 99 etwas nach, der — allerdings sehr gute — rechte Flügel wurde zu hart überlastet, während sich in der Hinterrangschicht Schwächen zeigten, die Eisenburg zwei Tore einbrachten. Auf der Gegenseite fiel nur aus einem Eckball noch der vierte Erfolg, alle anderen Angriffe scheiterten an der guten Eisenburger Verteidigung. Der letztjährige Schiedsrichter war recht schmerz der Zuschauerbeifall sehr gut. Ein herrliches Vorbeefranz mit Schelle war der Dant des Gastgebers für das in jeder Beziehung erfolgreiche Spiel der Werbeburger Elf.

Preußen spielt in Aboda 1:1 unentschieden.

(Eigene Berichtserstattung.)

Das Resultat gegen die recht spielfreudige Sportkluboff in Aboda ist für unsere Schwarzweißler ehrenvoll. Der Kampf war im allgemeinen offen, wenn auch Preußens neues Kombinationsspiel bisweilen Werbeburg etwas in Vorteil brachte. Aboda erzielte das erste Tor bald nach Beginn, doch glück Preußen noch vor Halbzeit durch einen scharfen Schuß des Linksaußen aus. Nach der Pause zeigten sich beide Hinterrangschichten den Anführern des Gegners gewachsen, so daß es beim 1:1 blieb. Der Kampf war fair, der Schiedsrichter einwandfrei.

Germania 1 — Neumark 1 0:1 (0:1).

(Eigene Berichtserstattung.)

Das am Sonntag auf dem B. i. P. Platz ausgetragene Auscheidungsspiel gab Neumark als glücklichen Sieger. Germania hat Anstoß, kann auch gleich vor des Gegners Tor stehen, doch ist Neumarks Hinterrangschicht auf der Hut. Es entwickelt sich ein offenes Feldspiel in dessen Verlauf Neumark in der 20. Minute zu einem billigen Erfolg kommt. N. i. l. e. r. löst den Ball fallen und Neumark kann zum einzigen Herbringenden Tor einstecken. Nach Halbzeit führt Germania das Spiel leidet überlegen, ohne aber zu einem Erfolge zu kommen. So steht der Schlussspiß des Schiedsrichters Hering-Sportklub Weisenfels Neumark als Sieger. Die Mannschaft des — zweifellos glücklichen — Siegers war ohne Fehler, während Germania nicht widerzuerkennen war: der ganze Sturm verlor, Kasserreihe und Hinterrangschicht waren ohne Tadel. Gegenverhältnis 9:2 f. Germ. (1) — Das Auscheidungsspiel um die Meisterschaft der 4. B. Klasse zwischen Preußen IV — Neumark III. sah nach 2 maliger Spielüberführung (2 Std. 10 Min.) Neumark als glücklichen Sieger mit 2:1.

Um die Saalekreismehrschaft der 1. Klasse.

Die Spiele zwischen den drei Mannschaften der 1. Klasse (Sportverein 99 Merseburg, Jeiger Ballspielklub und Preußen Groppein) werden nunmehr doch ausgetragen, um den Kreismeister für das Abgabefähigkeitspiel gegen den Tabellenletzten der Liga festzustellen. Die Spiele werden nach dem Pokalsystem ausgetragen, d. h. der Verlierer des ersten Spieles scheidet aus dem Wettbewerb aus. Die Auslosung der Gegner hat folgende Ansetzung der Treffen ergeben: 3. Juni: Jeiger Ballspielklub gegen 99-Merseburg in Weisenfels; 10. Juni: Preußen Groppein gegen den Sieger des ersten Spieles in Halle. Der Kreismeister scheidet dann am 17. Juni in Halle das Abgabefähigkeitspiel gegen den Tabellenletzten, der aber auch noch nicht feststeht und erst am nächsten Sonntag (8. Juni) in Halle zwischen den punktgleich rangierenden Vereinen Havort und Syd. Weisenfels festgelegt werden wird. Als Folge all dieser Auscheidungsspiele, die Sache der Saalekreismehrschaft sind, nach der Streitsportland noch nicht abgefallen. Der letzte Streittag (betr. Auflösung des Saalekreises) ist daher vom 2. auf den 16. Juni verschoben worden.

Sp. B. 99 — Naumburg 0:5 abgefallen!

Mit Rücksicht auf die überraschend schnelle Ansetzung der Kreismeisterschaftsspiele hat der Sportverein 99 sein Mittwochsziel gegen die Liga von Naumburg 0:5 ablagen müssen. Das gleiche Schicksal dürfte das weitere Programm der 99'er erfahren, womit die vereinbarten Treffen gegen Sportfreunde (Liga), Sportverein 98 (Liga) und Wader (Liga), sämtlich Halle, vorläufig fallen gelassen werden müssen.

Spiele des B. i. P. Merseburg.

Die Mannschaften des B. i. P. spielen am 3. Juni gegen Ring Dresden, am 10. Juni in Magdeburg gegen Sport- und Spielvereinigung und am 17. Juni das Rückspiel gegen die Magdeburger hier.

Die Stadtkonzepte in Halle am 24. Juni?

Wie wir hören, beschäftigt der Saalische Ortsauschluß für Arbeitsübungen die Stadtkonzepte seitens der bürgerlichen Vereine am Sonntag, den 24. Juni, mit dem allgemeinen Deutschen Jugendwettkampfe zu verbinden.

